

Perspektiven für die Pflege älterer Menschen in der Diskussion

BERLIN – Die Zukunft der Pflege älterer Menschen gerät in Deutschland allmählich in den Blick – und gibt Anlass zu großer Sorge. Deshalb haben sich Anfang 2012 mehrere große Organisationen, darunter der DBfK, zum „Bündnis für Gute Pflege“ zusammengeschlossen. Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie würdevolle, individuelle pflegerische Versorgung – das gehört zu den zentralen Forderungen des Bündnisses. Sie wurden am 23. Mai in Berlin von den 14 im Bündnis vertretenen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Selbsthilfeorganisationen sowie Verbraucherververtretungen auf einer Podiumsdiskussion mit den pflegepolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen vorgestellt.

„Wir brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte und qualitativ hochwertige Pflege, damit die Pflegebedürftigkeit nicht länger ein Schreckensszenario ist“, forderte Sabine Jansen von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Das geplante Pflegeneuaustrichtungsgesetz sei nur unzureichend und gebe leider keine zufriedenstellende Antwort auf die Herausforderungen in der Pflege. Wichtig sei insbesondere die Entlastung pflegender Angehöriger. „Dazu be-



nötigen wir den flächendeckenden Ausbau unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, bessere Präventionsangebote, mehr Leistungen für Demenzerkrankte, eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Stärkung der Selbsthilfe“, erklärte Jansen im Namen des Bündnisses. Von aktuell rund 2,4 Millionen Pflegebedürftigen werden laut Bündnis rund zwei Drittel zu Hause gepflegt. Das „BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“ kritisiert, dass der aktuelle Gesetzentwurf das Thema Fachkräftemangel sowie die Frage der Pflegefinanzierung weitestgehend ausklammere. „Gute Pflege ohne gute Arbeit ist undenkbar“, betonte Ellen Paschke, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. „Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen zu schaffen, damit Pflegekräfte und Einrichtungen gute Leistungen erbringen können. Nötig sind keine weiteren Sonntagsreden, sondern handfeste Maßnahmen, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, Fachkräfte zu halten und ausreichend Nachwuchs zu gewinnen.“

Dies sei nicht zuletzt eine Frage familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und einer besseren Bezahlung, stellte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, klar. Bessere Leistungen müssten auch mit besseren Löhnen einhergehen und die Refinanzierung sichergestellt sein. „Gute Pflege kostet Zeit, und Zeit kos-

Prof. Christel Bienstein ist neue Präsidentin des DBfK

BERLIN – Im Rahmen der 43. Delegiertenversammlung fand am 23. Juni in Berlin die turnusmäßige Wahl zum Bundesvorstand des DBfK statt. Da Gudrun Gille nach drei erfolgreichen Perioden als Präsidentin nicht noch einmal kandidierte, musste auch der Vorsitz ganz neu besetzt werden. Einstimmig und mit großer Freude über ihre Kandidatur wählten die Delegierten Professorin Christel Bienstein zur neuen Präsidentin des DBfK. Sie nahm die Wahl und den damit verknüpften Auftrag gern an. Die Pflege-



wissenschaftlerin ist in der nationalen und internationalen „Pflegeszene“ seit vielen Jahren gut bekannt und wird ihre vielfältige Expertise nun in der neuen Aufgabe einbringen. Darauf darf man gespannt sein.

Neben den vier Vorsitzenden der Regionalverbände, die qua Amt dem Bundesvorstand angehören, waren vier weitere Vorstandsmitglieder zu wählen. Dies sind für die kommenden vier Jahre: die beiden Stellvertreter der Präsidentin, Gertrud Stöcker und Stefan Werner, sowie Dr. h.c. Ramona Schumacher und Ali Celik.

Eine ausführliche Bildberichterstattung über Inhalt und Verlauf der diesjährigen Delegiertenversammlung sowie ein Kurzporträt der neuen Präsidentin folgen in der nächsten Ausgabe von DBfK-Aktuell.

tet Geld“, betonte Schneider. „Solange nicht auch die Pflegefinanzierung vom Kopf auf die Füße gestellt wird, werden alle Bestrebungen, eine würdige Pflege für alle auch in Zukunft sicherzustellen, ins Leere laufen.“ Zudem würden an Demenz erkrankte Menschen vom jetzigen System besonders benachteiligt. Deshalb fordert das „BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“, den Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich zu erweitern und umzusetzen.

Mit ca. 160 Gästen war die Veranstaltung in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommerns in Berlin sehr gut besucht. Die pflegepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen konnten zunächst vorbereitete Statements abgeben, wurden aber im Anschluss durch viele und äußerst kritische Fragen aus dem Plenum stark herausgefordert. Die gängigen und vorformulierten Worthülsen, die Politiker sonst gern in die Diskussion werfen, wurden von den Zuhörern nicht akzeptiert, im Ergebnis führte das zu äußerst lebhaften Wortwechseln und kontroversen Debatten. Alles in allem eine gelungene Veranstaltung!

Das Bündnis wird in den kommenden Monaten weitere Events organisieren und sich mit kritischen Fragen in den Bundestagswahlkampf einschalten. Informationen dazu und zu den Bündnispartnern finden Sie unter www.buendnis-fuer-gute-pflege.de.